

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 14.

Charlottenburg, Freitag, den 7. April 1922.

49. Jahrg.

Arbeitsmarkt und Erwerbslosenfürsorge.

In einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Landesregierungen vom 18. Februar 1922 wird das Rundschreiben vom 5. November 1921 nachdrücklichst in Erinnerung gebracht. Dieses Rundschreiben hat zum Teil heftige Kritik gefunden, weil es bestimmte, daß nur in besonderen Fällen über eine Frist von 26 Wochen hinaus Unterstützung gewährt werden sollte. Es hieß: „Es wird bis auf weiteres seltener als bisher Anlaß sein, die Fürsorge ausnahmsweise auf einen längeren Zeitraum als 26 Wochen zu erstrecken. Keineswegs sollte dabei die Frist von 52 Wochen im einzelnen Falle überschritten werden.“ Für eine Reihe von Berufen mit besonders gutem Geschäftsgang wurde die Frist auf 13 Unterstützungswochen beschränkt. Im neuen Rundschreiben wird den Ländern die fortlaufende Nachprüfung der örtlichen Durchführung dieses Erlasses auferlegt. Zugleich werden die Arbeiten der „produktiven Erwerbslosenfürsorge“ eingeschränkt. Es sollen nur dann und nur ausnahmsweise Arbeiten aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge bezuschußt werden, wenn im Bezirk mehr als drei vom Tausend der Einwohner als erwerbslos unterstützt werden oder nur dann, wenn die bestimmte Aussicht besteht, daß Erwerbslose aus anderen, härter betroffenen Bezirken eingestellt werden. Weiter soll die bereits bestehende, aber oft übersehene Bestimmung durchgeführt werden, daß nur Maßnahmen gefördert werden, die mindestens 20 Erwerbslose beschäftigen und nicht weniger als 1000 Erwerbslosentagewerke umfassen. Auch sollen künftig Maßnahmen nur dann bezuschußt werden, wenn entsprechender Antrag spätestens vier Wochen nach Beginn der Arbeit gestellt ist. Der Anteil der Gemeinden am Zuschuß soll sehr viel seltener als bisher auf das Reich übernommen werden. Als Notstandsarbeiter sollen nur solche Personen beschäftigt werden dürfen, die unmittelbar vorher mindestens vier Wochen lang unterstützt wurden. Gerade diese Bestimmung soll streng durchgeführt werden.

Als Grund für diese Maßnahmen führt der Reichsminister die bedrängte finanzielle Lage des Reiches und den verhältnismäßig günstigen Stand des Arbeitsmarktes an. Da seines Erachtens die Befürchtung fortbesteht, daß sich der Arbeitsmarkt demnächst verschlechtert, legt der Reichsminister Gewicht darauf, daß schon jetzt Notstandsarbeiten angeregt und vorbereitet werden, damit sie im Falle der Not unverzüglich einsetzen können. Die Länder werden zu einem schleunigen Bericht über die bereits getroffenen Vorbereitungen aufgefordert.

Die Mahnung, betreffend die unterstützende Fürsorge, wird dahin führen, daß die Beschränkung der Unterstützungsdauer schärfer durchgeführt wird als bisher und daß in vielen Fällen langfristig Erwerbslose aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden werden. Die neuen Bestimmungen über die produktive Erwerbslosenfürsorge bedeuten eine erhebliche Einschränkung dieser Maßnahmen. Es ist anzuerkennen, daß der augenblickliche Stand des Arbeitsmarktes, der nach neueren Berichten wieder eine erhebliche Verminderung der Arbeitslosigkeit zeigt, die Beschränkung der Notstandsarbeiten auf besonders notleidende Gebiete oder auf Arbeiten, die ortsfremde Erwerbslose aufnehmen können, gestattet. Dadurch lassen sich Arbeitsreserven für Zeiten verschärfter Arbeitslosigkeit schaffen.

Die Beschränkung der unterstützenden Fürsorge verlangt, daß alle verantwortlichen Stellen eingehender als bisher mit dem Problem der Unterbringung langfristiger Erwerbsloser beschäftigt werden. Nach den Berichten der Landesarbeitsämter kann der Mangel an Facharbeitern immer dringlicher; selbst an ... wo Tausende

Erwerbsloser müßiggehen, weil sie den gestellten Anforderungen nicht entsprechen. Der Mangel an Facharbeitern verhindert wieder die Einstellung ungelernter Hilfsarbeiter. Das Arbeitsministerium kann mit Recht betonen, daß die Mittel der Erwerbslosenfürsorge vielfach nicht im notwendigen Maße für die Umstellung und Umschulung Erwerbsloser ausgenutzt wurden. Es lassen sich zahlreiche Erwerbslose wieder in den Produktionsprozeß einreihen, wenn die Aufgabe entschieden angepackt wird und wenn sie endlich aus dem Stadium schüchterner und tastender Versuche herauskommen. Dabei werden aber auch die Gewerkschaften der Frage mehr Beachtung schenken müssen. Die finanzielle Unterstützung der Arbeitslosen ist nur die eine Seite des Problems, ihre Unterbringung ist die wichtigere. Diese ist aber ohne verständnisvolle Mitwirkung der Arbeiter in den Betrieben kaum zu lösen. Zum Teil wird eine systematische Umschulung in den Betrieben unumgänglich sein, in anderen Fällen wird sie sich formloser mit Hilfe der Mitarbeiter vollziehen können. Zuschüsse der Erwerbslosenfürsorge müssen dann über die erste Zeit des Minderverdienstes hinweghelfen.

Der Zustand, daß mindergeeignete Arbeiter in der Zeit der drängendsten Hochkonjunktur an ihrem Arbeitsnachweis dauernd arbeitslos festliegen, ist nicht haltbar, denn wie sollen sie erst Arbeit finden, wenn eine schlechtere Konjunktur wieder bessere Arbeitskräfte zur Verfügung stellt? Mit Hilfe der Arbeiter in den Betrieben muß versucht werden, diese Arbeitslosen einzuschulen. Dieses würde zugleich ein Prüffeld für den Arbeitswillen der Erwerbslosen sein, die heute sehr oft unter dem Vorwurf leiden, daß sie nur nicht geneigt seien, Arbeit zu finden. Ist ihnen wirklich die Möglichkeit gegeben, in Arbeit zu kommen, vielleicht auch unter Bedingungen, die dem einen oder anderen im ersten Augenblick nicht gefallen, so würde sich bald die Spreu vom Weizen sondern. Notwendig ist aber, daß auch die große Masse der Arbeiter von der Wichtigkeit der zu erfüllenden Aufgabe erfüllt ist und alle Bestrebungen, die auf eine sachliche Umschulung der Erwerbslosen abzielen, verständnisvoll fördert.

Der deutsche und englische Außenhandel im Jahre 1922.

Der deutsche Außenhandel läßt für den Monat Januar d. J. wiederum einen relativ günstigen Abschluß erkennen. Die Ausfuhr hat sich im Werte auf der Höhe des Vormonats gehalten, die Einfuhr ist um 0,9 Milliarden zurückgegangen. Das ergibt für den Monat Januar wiederum einen Ueberschuß in der Ausfuhr von 1,7 Milliarden Mark. Die Einfuhr wird für den Monat Januar auf 12,8 Milliarden Mark angegeben, die Ausfuhr auf 14,5 Milliarden Mark. Da auch bereits im Dezember ein Ausfuhrüberschuß in unserem Außenhandel zu verzeichnen war, hätte man annehmen müssen, daß der Zulauf von Devisen an der Börse reichlicher sein würde, als in den vorausgegangenen Monaten. Es bleibt deshalb das weitere Sinken der Mark im Hinblick auf unseren Stand des Außenhandels ganz unverständlich, wenn man nicht annimmt, daß in großem Umfange Handel und Industrie ihre Auslandsdevisen vom hiesigen Markt zurückhalten und so dazu beitragen, daß unser Kursstand der Mark fortgesetzt eine abwärtsgehende Tendenz einnimmt.

Bemerkenswert im Vergleich zu unserer Statistik ist die des englischen Außenhandels. Sie weist für Januar eine geringe Zunahme auf gegen den Vormonat, sie beziffert sich auf 71 Millionen Pfund gegenüber 68 Millionen Pfund im Dezember, aber 103 Millionen Pfund im Januar vorigen Jahres. Die Einfuhr zeigt einen Rückgang fast regelmäßig von Monat zu Monat. Im

Januar vorigen Jahres betrug die Einfuhr 117 Millionen Pfund, im Januar dieses Jahres 76 Millionen. Unter dem Einfluß dieser handelspolitischen Gestaltung macht sich in den führenden Bankkreisen Englands immer stärker eine Stimmung gegen die der deutschen Regierung aufgezwungenen Reparationsleistungen geltend. Mac Kenna, einer der angesehensten Vertreter einer Londoner Großbank, erörterte kürzlich im Geschäftsbericht dieser Bank die Gründe der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit in England, wobei er als hauptsächlichste Ursache die ungünstige Wirtschaftslage auf dem europäischen Festlande bezeichnete. Außerdem wandte er sich gegen die angeblich übertriebenen Forderungen der englischen Arbeiter und den unerträglichen Steuerdruck in England. Die europäische Wirtschaftslage werde beherrscht durch die Reparationszahlungen. Es sei unmöglich, ein Volk in Verarmung zu stürzen und seine Leistungsfähigkeit zu zerstören, ohne das Wirtschaftsgetriebe der ganzen Welt in die größte Unordnung zu bringen. Die Vorbedingung für die Wiederherstellung Europas sei, die deutschen Reparationszahlungen auf eine gesunde wirtschaftliche Grundlage zu bringen. Auf die Frage der Sachlieferung eingehend, bemerkte Kenna, Deutschland dürfe seine Schuld nur in Waren abtragen, mit denen es England keinen Wettbewerb mache, beispielsweise in Zucker, Holz oder Kalk. Es komme als weiteres Zahlungsmittel in Betracht die Ablieferung deutscher, im Auslande angelegter Kapitalien, soweit es möglich ist, solche Anlagen zu erfassen. Ein Uebereinkommen, das sich innerhalb der Grenzen des wirtschaftlich Möglichen halte, sei jedenfalls vorteilhafter als eine Reihe von Ultimaten, die sich jedesmal wieder als undurchführbar erweisen. Man erkennt aus diesen Darstellungen, daß unter den führenden Bank- und Handelskreisen eine durchaus richtige Würdigung der törichtesten Maßnahmen eintritt, die von der Entente Deutschland auferlegt wurden.

Unter dem Einfluß dieser Erkenntnis sind auch die Bestrebungen zu erklären, die mit Hilfe der englischen Regierung unternommen werden, um die Mittel aufzubringen für eine größere Aktion zugunsten des wirtschaftlichen Aufbaues in Rußland. Wie weit diese Verhandlungen, die auch unter Hinzuziehung deutscher Vertreter in London stattgefunden haben, ein praktisches Ergebnis zeitigen würden, ist schwer zu sagen. Immerhin wird man anerkennen müssen, daß die englische Regierung sich bemüht, auf gutkapitalistischer Grundlage dem Kommunismus in Rußland zu Hilfe zu kommen. Rußlands Aufbau, nach dem kommunistischen Zusammenbruch, wird nicht ohne die Hilfe Deutschlands möglich sein; nur hegen wir Bedenken, ob wir gerade nur als Agenten des englischen Kapitals uns an der Sache beteiligen sollten; denn wenn es richtig ist, daß man von englischer Seite die Anforderung gestellt hat, daß die Hälfte des Gewinns, der aus diesen Aufträgen nach Deutschland gelangen wird, auf Reparationskonto gesetzt wird, so muß die Uebernahme einer solchen Verpflichtung neben dem schon in Gang befindlichen Abschluß einer allgemeinen Sachlieferung uns bedenklich stimmen.

Zur Maifeier 1922.

Völkerfriede, Achtstundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung,
das war bei jeder Maifeier die Losung.

Völkerfrieden! Ungeheuerliches liegt hinter uns. Die Völker der Welt haben sich zerfleischt, obgleich sie nach Frieden schrien. Der Friede kam. Er wurde diktiert von der Gewalt, obgleich der Welt nichts so sehr fehlt als Verständigung. Der Friede von heute ist die Fortsetzung des Krieges in anderer Form. Haben die Massen erst geblutet, so feuern sie jetzt unter Not und Entbehrungen. Leuerung und Wucher lasten auf ihnen. Der Hunger schwingt unerbittlich seine Geißel über dem Proletariat der ganzen Welt. So will es die Gewalt! Erhebt dagegen am 1. Mai Eure Stimme! Tretet ein für wirklichen Völkerfrieden und Völkerverständigung.

Achtstundentag! Der Zusammenbruch, mit dem der Krieg endete, er hat ihn uns gebracht. Er konnte der ihn einmütig verlangenden Arbeiterklasse nicht länger vorzuzugewahrt werden. Leider fand die große Zeit ein tödliches Schicksal. Die Arbeiter haben mit ihrem Pfund nicht gewartet. Richtungsstreitigkeiten zerrissen die Arbeiterbewegung, und immer mehr Lomae der Gegner wieder seinen Fuß stellen. Und er greift auch nach dem Achtstundentag. Seid auf der Hut! Gedenkt gerade am 1. Mai, an dem Ihr so oft für ihn streitet seid, der langen Kämpfe, die Ihr zu gewinnen habt. Verteidigt den Achtstundentag.

Ausbau der Sozialgesetzgebung. Die Verfassung hat die Arbeiterklasse unter den besonderen Schutz des Reiches gestellt. Damit ist in ganz anderer Weise noch als früher betont worden, daß der wirtschaftlich Schwache geschützt werden muß. Aber was geschieht? Lasten über Lasten werden den Arbeitermassen auferlegt und damit

wird der verfassungsmäßige Grundsatz in sein Gegenteil verkehrt. Hier muß Wandel geschaffen werden, wenn das Volk nicht mehr geschädigt werden soll, als ihm durch die Sozialgesetzgebung geholfen werden kann. Wahr ist aber auch sonst zu machen, was uns versprochen worden ist. Wir fordern am 1. Mai die Verwirklichung des Gedankens, daß die Arbeiter gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und die Wechselfälle des Lebens in anderer Weise als bisher zu schützen sind. Wir fordern das einheitliche Arbeitsrecht und die Sicherstellung des Koalitionsrechts.

Arbeiter, demonstriert am 1. Mai für unsere Forderungen. Denkt dabei auch an die Stärkung der Gewerkschaften. Rüttelt die Lanzen und die Säumigen auf und führt sie Euren Verbänden zu. Gestaltet den 1. Mai zu einem eindrucksvollen, würdigen Festtag der organisierten Arbeiter.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,

L. h. Leipart.

Allgemeiner freier Angestelltenbund,

S. h. Stähr.

Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes für das hungernde Rußland.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (Sitz Amsterdam) erläßt einen Aufruf, der sich zunächst mit dem beschäftigt, was für die Hungernden in Rußland aus den Mitteln der europäischen Gewerkschaftsmitglieder bereits geleistet wurde. Unter 40 000 Kindern im Tschuwaschgebiet wurden 1 200 000 Kilogramm Nahrungsmittel verteilt. Damit ist jedem dieser Kinder für sechs Wochen täglich ein Pfund Mehl und eine gewisse Menge Zucker und Fett gesichert. In diesem Gebiete sind aber noch 250 000 Kinder von der Hungersnot betroffen. Dazu kommen noch eine halbe Million Erwachsener, die ohne Aussicht auf Rettung dem Hungertode nahe sind, der für die Mehrzahl im kommenden Herbst unausbleiblich ist. Die Ersatzstoffe, aus denen sie sich bisher eine Art „Brot“ bereiteten, sind aufgebraucht. Alle befinden sich in einem Zustande vollkommener Erschöpfung. Auch im Tschuwaschgebiet haben sich schon Fälle von Kannibalismus ereignet. Der Aufruf schließt:

Genossen! Die vom Hungertode bedrohten russischen Arbeiter und Bauern wenden sich an Euch um Hilfe! Sie wissen, daß die Arbeitslosigkeit auch bei Euch zu Hause ist, aber sie glauben, daß die Arbeiter Europas sie in der Stunde der äußersten Not nicht verlassen werden!

Helft, bevor es zu spät ist. Helft, solange Euch noch Gelegenheit gegeben ist, Menschenleben zu retten!

Jeder kleinste Betrag verhilft dazu, ein Kind dem Tod zu entreißen.

Bringt die nötigen Summen auf! Gebt jeden Monat einen Anteil von Eurem Lohn! Jedes durch die europäischen Arbeiter gerettete Kind erweist die internationale Solidarität der Arbeit und ist eine Gewähr für den endgültigen Sieg der Arbeiterklasse.

Gleichzeitig veröffentlicht der Internationale Gewerkschaftsbund eine Dankagung der Zentralbehörde des Tschuwaschgebietes an den Bund. Auch diese Kundgebung weist auf das Weiterbestehen der Hungersnot hin. Die Bevölkerung lebt jetzt von Kleie, von Stroh, das von den Dächern geholt wird, von Tierleichen, Gras, Wurzeln und was sich sonst findet. Die Sterblichkeit im Tschuwaschgebiet nimmt schaudererregende Formen an. Vom Beginn der Hungersnot bis Anfang Januar 1922 sind 35 000 Sterbefälle als Folge des Hungers vorgekommen, 131 197 Krankheitsfälle infolge des Genusses schädlicher Ersatzstoffe. 765 000 Personen, darunter 312 000 Kinder, im ganzen 92 v. H. der Bevölkerung, sind vom Hungertode bedroht. Selbstmorde und Morde infolge des Hungers kommen in jedem Dorfe vor. Ganze Familien, die ihre Wohnstätten verlassen, um Nahrung zu suchen, sterben unterwegs an Hunger und Kälte. Die Kundgebung schließt folgendermaßen:

Jeder Arbeiter, jeder Bauer in Europa, der mithilft, rettet damit die russischen Arbeitsbrüder und Bauern vom Tode. Tausende von Kindern im Tschuwaschgebiet, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund Nahrung erhalten haben, sind von unersprechlicher Dankbarkeit erfüllt für die Hilfe, die ihnen durch Kameraden aus den fernen Ländern zuteil geworden ist.

Hunderttausende erwachsene Personen, die dem Hungertode verfallen sind, die nicht beteuert werden konnten, stehen um Eure Hilfe! —

Die Hilfsaktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in den Herzen des hungernden Proletariats von denen täglich

Tausende vom Tode dahingerafft werden, die Hoffnung auf Hilfe weckt, und sie strecken hilfsehend ihre Arme aus nach ihren Brüdern im Westen.

Im Namen der internationalen Einheit der Völker und der brüderlichen Solidarität der Arbeitenden der ganzen Welt bitten wir Euch:

„Selbst, gebt, soviel Ihr könnt!“

Aus unserem Beruf.

Dresden u. Umg. Nachdem unsere Kollegen im gesamten Bezirk Stellung zum Schiedsspruch vom 27. Februar 1922 genommen haben, dürfte es angebracht sein, über die Aufnahme etwas zu berichten, die derselbe bei den Dresdener Kollegen gefunden hat. Wir sind es von unseren Kollegen hier am Platze von jeher gewohnt, daß sie nicht planlos über eine Sache, die ihnen persönlich unangenehm erscheint, kritisieren. Die Dresdener feinkeramischen Arbeiter haben sich stets nur als ein Glied der Gesamtindustrie betrachtet und demzufolge auch darauf verzichtet, ihre besondere Stellung, die sie unzweifelhaft in der Industrie einnehmen (es sei nur auf den Dresdener Maler hingewiesen), im Lohnsatz zum Ausdruck bringen zu lassen.

Der Schiedsspruch vom 27. Februar hat nun aber doch bei unseren Kollegen, und zwar bei den besten, Bedenken ausgelöst, denen die Berechtigung kaum abgesprochen werden kann. Ganz abgesehen von der Auswirkung der durch den Spruch gegebenen prozentualen Zuschläge, die wohl überall als ungenügend empfunden worden sind, drängen sich Bedenken prinzipieller Natur auf.

Wie konnte ein solch widerspruchsvoller Spruch zustande kommen? Unsere ursprünglichen Forderungen sahen feste Stundenzuschläge vor. Diese wurden von den Unternehmern mit der Begründung abgelehnt, daß durch die Einführung solcher Zuschläge das Fundament unserer Industrie, die Akkordarbeit, angegriffen, unterhöhlt würde. Eine solche Auffassung trifft natürlich vollständig daneben. Sehen wir uns aber den vorliegenden Schiedsspruch von dieser Seite etwas näher an, finden wir da nicht gerade Punkte hineingearbeitet, deren Auswirkung tatsächlich auch diejenigen unserer Kollegen, die bis jetzt noch nicht prinzipielle Gegner der Akkordarbeit waren, zu solchen machen muß? In der Tat, das erste, was wir in den Versammlungen, in denen über den Spruch gesprochen wurde, immer wieder zu hören bekamen, lautete: Unter solchen Umständen lehnen wir ab, in Akkord noch weiter zu arbeiten.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, muß betont werden, daß unsere Kollegen natürlich nicht Gegner höherer prozentualer Zuschläge an die Zeitlöhner sind. In den weitaus meisten Fällen liegt für eine solche unterschiedliche Behandlung, wenn mit prozentualen Zuschlägen gearbeitet wird, ganz gewiß ein Bedürfnis vor. Der vorliegende Spruch enthält aber etwas anderes, ein kaum glaubliches Hintanstellen der Akkordarbeit, durch die dieser keineswegs Freunde, aber desto mehr Gegner erwachsen müssen.

Natürlich wird man nicht annehmen dürfen, daß dieser Spruch resp. eine solche Auswirkung desselben beabsichtigt war. Eine solche wohlwollende Annahme kann jedoch letzten Endes die tatsächliche Wirkung auf die davon Betroffenen kaum abschwächen. Nun haben wir als Arbeitnehmer natürlich kein Interesse daran, die Unternehmer in ihren ungewollten Bemühungen, die Akkordgegner in unseren Reihen zu stärken, zu stören. Zur Beurteilung der ganzen Frage genügt aber nicht die Kenntnis des Schiedsspruches allein. Die Ursachen, aus denen heraus er geboren wurde, reden eine viel deutlichere Sprache noch. Diese Ursachen lassen so recht erkennen, was bei einer Beibehaltung der bei den letzten Verhandlungen geübten Taktik für unsere Kollegen auf dem Spiele steht. Unsere Zeitlöhner haben es bestimmt nicht den Unternehmern zu danken, daß sie diesmal 22 Proz. auf ihren Effektivlohn erhielten, im Gegenteil, Zeitlöhner wie Akkordverdiener brauchten nach der Ansicht der Unternehmervertreter für den Monat März auf Grund der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt keine Zulage. Um diese ihre Auffassung an den Mann bringen zu können, ist es natürlich für die Unternehmer von Vorteil, wenn wenigstens in der Zeit der jetzigen Hochkonjunktur Personen zur Stelle sind, die von der Industrie, oder besser ausgedrückt, von der Arbeit, die von unseren Kollegen verlangt wird, keinen lückenlosen Ueberblick haben. Die Neigung für den Leistungslohn geht bei dem größten Teil der Unternehmer keineswegs bis zu einer ehrlichen Bewertung der Arbeitskraft, darum auch die Versuche, die in beliebigen anderen Industrien zur Zahlung kommenden Löhne mit unseren Verdiensten zu vergleichen. Während des Krieges und auch in der ersten Zeit nach demselben dachte in der ganzen feinkeramischen Industrie

nicht ein Unternehmer an eine Anpassung unserer an die in den anderen Industrien gezahlten Löhne. Das in Thüringen damals gefallene Wort: „Es geht doch nicht an, dem Porzellanarbeiter einen Lohn zu zahlen, wie er heute in den anderen Industrien üblich ist“, wird von uns nicht so leicht vergessen werden.

Mit den vorstehenden Ausführungen wollen wir keineswegs eine Abneigung gegen jedwede Inanspruchnahme unparteiischer Personen zum Ausdruck bringen. Bestimmt dürfen solche aber erst herangezogen werden, wenn eine Einigung zwischen den Parteien als ausgeschlossen erscheint. Das, was sich aber bei unseren letzten Verhandlungen abgespielt hat und dem wir unter den gegebenen Verhältnissen nicht ausweichen konnten, trägt nicht dazu bei, das Interesse für solche zentrale Verhandlungen in unseren Kollegenkreisen zu heben. Im Dresdener Bezirk ist an sich eine recht starke Strömung gegen unsere, das Reich umfassende Vereinbarungen, und zwar aus rein wirtschaftlichen Gründen, vorhanden. Es steht aber noch mehr auf dem Spiele: Der Tarifgedanke als solcher wird durch eine Taktik, wie sie vom Unternehmerverband unserer Industrie im Februar beliebt wurde, erschüttert. Es ist doch wirklich nicht der Zweck des kollektiven Arbeitsvertrages, daß sich die Arbeitnehmer mehr oder weniger ihre Arbeitsbedingungen durch industriefremde Männer diktieren lassen. Die Absicht, mit Hilfe des Vertrages dies verwirklichen zu können, muß aber als bei den Unternehmern bestehend angenommen werden, wenn diese von vornherein jede freie Verhandlung ablehnen. Nur die in freien Verhandlungen geborene Vereinbarung bietet eine gewisse Gewähr der Haltbarkeit. Niemals kann ein Spruch mit solchen Widersprüchen wie der vorliegende der Industrie zum Nutzen gereichen. Hoffentlich ist in der Zwischenzeit auch den Unternehmern diese Auffassung gekommen. Andernfalls wäre es schon besser, auf eine Erneuerung des Lohnabkommens zu verzichten und die Regelung betrieblich vorzunehmen.

Dresden und Umgegend. Unsere Mitglieder haben viel darüber zu klagen, daß bei der Firma Stockhardt & Schmidt-Edert in Weißen Berßhöfe gegen den Tarifvertrag vorkommen. Neulich wurden auch zwei Kollegen, die die Interessen ihrer Mitarbeiter wahrzunehmen versuchten, mit recht sadenscheiniger Begründung entlassen. Mitglieder, denen eventuell Gelegenheit geboten wird, bei dieser Firma in Stellung zu treten, mögen erwägen, ob sie unter solchen Umständen ihre Arbeitskraft der Firma zur Verfügung stellen wollen.

Röppelsdorf. Am 22. März, früh 7 Uhr, brach in der Porzellanfabrik von Armand Marseille ein Brand aus, welcher einen Teil der Fabrikgebäude zerstörte. Dem tatkräftigen Eingreifen hiesiger und auswärtiger Feuerwehren, sowie der Arbeiterschaft ist es zu danken, daß nicht der ganze Betrieb vernichtet wurde. Der Betrieb soll, soweit dies möglich ist, aufrechterhalten werden.

Isolatoren-dreherkommission. Die Geschäfte der Isolatoren-dreherkommission übernimmt am 1. April der Kollege Wilhelm Sufsa, Neuhaus b. S., Minnastraße. Alle Anfragen sind an diesen zu richten. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß an die Personale, die ihren Jahresbeitrag von 1 Mk. pro Mitglied noch nicht eingesandt haben, Auskünfte nicht mehr erteilt werden. Die Isolatoren-dreherkommission.

Stanzerkommission. Sonntag, den 9. April, vormittags 1/2 10 Uhr, findet im Rurgarten zu Röppelsdorf eine Sitzung statt. Hierzu ladet ergebenst ein der Vorsitzende

Bauer-Neuhaus.

Ohrdruf. Die Fabrikanten von Ohrdruf und Umgebung haben seit Beginn des Tarifwesens sich in den ersten Jahren von der Erfüllung des Tarifs ständig zu drücken versucht. Später haben sie die tariflichen Bestimmungen in nur sehr mangelhafter Weise erfüllt. Die Schuld tragen zu einem gewissen Teil unsere Kollegen, die nicht mit dem erforderlichen Nachdruck für ihre Sache eingetreten sind. Jetzt scheint aber diesen Kollegen der Geduldssaden endlich gerissen zu sein, so daß bei der Firma Währ & Bröschild sämtliche beschäftigten Arbeiter vergangene Woche die Arbeit niedergelegt haben. Im Betrieb der Firma Nestner & Co. ist die für den Betrieb wichtigste Gruppe ebenfalls in den Streik getreten; ebenso bei der Firma Hertel, Schwab & Co. in Stuyhaus. Der Streik wird aber nicht allein auf diese beschränkt bleiben, sondern sich voraussichtlich auch noch auf die Firma Kling & Co. in Ohrdruf, Simon & Halbig in Gräfenhain, Alt, Bed & Gottschall in Neuendorf und Schühmeister & Quent in Gotha, ausdehnen; also auf die gesamte Ohrdruffer Puppenkopf-Branche.

Südwestdeutschland. Bericht über die am 4. und 5. März 1922 in Zell stattgefundene Konferenz der südwestdeutschen Zahlstellen. Kollege Aug. Herrmann, Vorsitzender des Bezirks, eröffnete die Konferenz um 5 Uhr abends und hieß die Vertreter der Zahlstellen herzlich willkommen. Er gibt bekannt, daß die Konferenz auf Wunsch verschiedener Zahlstellen einberufen wurde, um

Stellung zu dem uns aufgezwungenen Schiedspruch zu nehmen. Vertreten waren die Reichsstellen Schorndorf, Schramberg, Ludwigsburg, Mannheim, Karlsruhe, Hornberg und Zell a. N. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt: 1. Stellungnahme zum Lohnabkommen vom 27. Februar; 2. Wahl des nächsten Tagungsortes; 3. Verschiedenes.

Bei Punkt 1 der Tagesordnung entwickelte sich sofort eine lebhafte Debatte, an der sich alle Vertreter beteiligten. Vor allem wurde dieser Schiedspruch einstimmig abgelehnt, da er für die Kollegen vollständig unannehmbar ist, da er in keiner Weise der ungeheuren Preissteigerung Rechnung trägt und auch nicht das geringste Entgegenkommen oder soziales Verständnis von Seiten der Herren Unternehmer zeigt. Allgemein war man der Ansicht, daß unser Hauptvorstand und unsere Vertreter niemals ein solches Schundabkommen hätten annehmen dürfen. Um 1/2 9 Uhr abends wurde auf Wunsch des Vorsitzenden die Debatte abgebrochen und auf Sonntag, den 5. März, morgens 9 Uhr, vertagt, denn es war von der Zahlstelle Zell eine Mitgliederversammlung einberufen, zu der die anwesenden Vertreter eingeladen waren.

Die Versammlung selbst war sehr gut besucht, so daß wohl nur wenige Mitglieder fehlten. Auch von dieser wurde der Schiedspruch mit Entrüstung abgelehnt. Nach Schluß der Versammlung verweilte man, den auswärtigen Gästen zu Ehren, noch kurze Zeit im gemütlichen Kreise beisammen, wozu der Arbeiter-Gesangverein „Sängerkreis“, Zell, und die Porzellanerstreichmusik durch vorzügliche Leistungen auf dem Gebiete des Gesanges und der Musik beitrugen.

Am Sonntag, morgens 9 Uhr, wurde die Konferenz wieder eröffnet. Es wurde beschlossen, den Unternehmern mitzuteilen, daß die Konferenz den Schiedspruch ablehnt und von ihrer Seite, wenn noch ein Funken Verständnis für die Notlage der Arbeitnehmer vorhanden ist, diesbezügliche Angebote innerhalb 8 Tagen erwartet. Sollten in dieser Zeit Angebote nicht erfolgen, so sollen von den Ortsgruppen folgende Mindestforderungen gestellt werden, und zwar in festen Stundenzuschlägen: a) für alle Arbeiter unter 20 Jahren 2,50 M., über 20 Jahre 3,50 M.; b) für alle Arbeiterinnen unter 20 Jahren 2 M., über 20 Jahre 3 M. Dieser Beschluß soll dem Hauptvorstand ebenfalls zugestellt werden unter Anfügen einer scharfen Kritik, mit dem Ersuchen, auf dem schnellsten Wege mit diesem unmöglichen Schiedspruch aufzuräumen.

Bei Punkt 2 wurde Ludwigsburg als nächster Tagungsort bestimmt.

Bei Punkt 3 wurde beantragt und beschlossen: „Der Hauptvorstand wird dringend ersucht, zu allen Lohnverhandlungen einen Vertreter unseres gaulosen Bezirks hinzuzuziehen, der nicht als Vertreter einer einzelnen Zahlstelle, sondern als Vertreter des ganzen Bezirks zu betrachten ist. Ferner soll bei Einteilung der Wahlbezirke zur Generalversammlung unser Bezirk Baden-Württemberg als geschlossener Bezirk behandelt werden.“

Da die Kosten für Porto und Schreibmaterial immer größer werden, soll der Beitrag pro Mitglied im Jahr von 50 Pf. auf 1 M. festgesetzt, ebenso von jeder Zahlstelle ein einmaliger Extrabeitrag von 50 M. geleistet werden, was einstimmig angenommen wurde.

Damit die Zahlstellen über die Durchschnittsverdienste stets auf dem laufenden sind, sollen die Arbeitervertretungen der einzelnen Betriebe diese alle 2 bis 3 Monate an den Bezirksvorsitzenden einsenden, der dieselben dann insgesamt den Zahlstellen des Bezirks zugehen läßt. Um 1 Uhr mittags wurde die arbeitsreiche Konferenz von dem Vorsitzenden geschlossen. H. S.

Vermischtes.

Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes. Das Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920, das die Ansprüche der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen regelt, hat in den Reihen der Versorgungsberechtigten zu manchen Klagen Anlaß gegeben. Wiederholt ist versucht worden, eine Abänderung einiger Bestimmungen zu erreichen. Durch die fortschreitende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage konnten sich der Reichstag und die Reichsregierung nicht auf Abänderung nicht mehr widersehen. Der 19. Ausschuß des Reichstages, der im November 1920 auf Ersuchen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten zur Behandlung der Versorgungsangelegenheiten der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen eingesetzt worden ist, hat in seiner Sitzung vom 11. November beschlossen, die zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes gestellten Anträge der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Dadurch ist die Reichsregierung gehalten, in eine sachliche Erörterung der von den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen aufgestellten Forderungen einzutreten. Dies soll, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten im

Reichsarbeitsministerium erfahren hat, in absehbarer Zeit geschehen. Die Regierung beabsichtigt jedoch, zunächst solche Anträge zu erörtern, die nicht eine grundsätzliche Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes, sondern nur die Beseitigung offenkundiger Härten verlangen. So soll z. B. die Frage der Gewährung von Ausgleichszulagen und die des Ruhens der Renten von einer bestimmten Einkommensgrenze ab erst dann erörtert werden, wenn offenkundige Härten durch eine Gesetzesnovelle beseitigt sind.

Eine Heraushebung der Einkommensgrenze, von der ab Kriegererterngeld bezogen werden kann, und die Heraushebung der Einkommensgrenze, von der ab das Ruhen der Rente beginnt (gegenwärtig 8200 M. steuerbares Einkommen) soll als eine der ersten Aufgaben betrachtet werden.

Die Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenbewegung. Eine der aus der Not der Zeit geborenen Bewegungen ist die der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Leider ist aber auch diese Bewegung mit dem alten Erbübel der Gewerkschaftsbewegung, der politischen und religiösen Zerrissenheit, belastet, sehr zum Nachteil der Beteiligten selbst. Die Bemühungen, eine einheitliche Organisation für alle Opfer des Krieges zustande zu bringen, scheiterten leider an der Halsstarrigkeit, mit der politisch und religiös einseitig orientierte Persönlichkeiten an der Schaffung neuer Organisationen tendenziöser Richtung festhielten. So ist neben den Kriegervereinen, die sich nach dem Kriege auch plötzlich der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen anzunehmen suchten, noch der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener gegründet worden, der in der Kriegsbeschädigtenbewegung etwa die Rolle der christlichen Gewerkschaften in der Gewerkschaftsbewegung vor 15 Jahren spielt und vollkommen nationalistisch und religiös eingestellt ist. Die Gründung dieses Zentralverbandes, zunächst unter dem Namen: „Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer“ ist unter dem Vorsitz des christlichen Gewerkschaftsführers und deutschnationalen Abgeordneten Behrens und der Mithilfe der christlichen, nationalen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erfolgt. Schon die Gründung zeigte, daß es sich um eine Sammlung der auf „nationalem Boden stehenden“ Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen handelte. Vorsitzender ist der deutsch-volksparteiliche Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des Deutschnationalen Handlungsgesellschaftenverbandes, Thiel. Wie der Zentralverband von den christlichen Gewerkschaften protegirt wird, zeigt ein Beschluß des 10. Kongresses der christlichen Gewerkschaften vom November 1920 in Essen, in dem gesagt ist, daß es der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht gleichgültig sein kann, welchen Organisationen die Kriegsoffer angehören und daß nur der Zentralverband empfohlen werden kann. Bezeichnend für den Geist und die Tendenz des Zentralverbandes ist die Tatsache, daß er sich bereits seit nahezu zwei Jahren in einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Pfadfinderbund der deutschen Kriegervereine befindet. Der Zentralverband versucht jedoch, die Kriegsoffer selbst wie auch die Öffentlichkeit über seine einseitige Tendenz hinwegzutäuschen und sich als parteipolitisch und religiös neutrale Organisation hinzustellen, um besser Mitgliederfang treiben zu können. Es sei deshalb demgegenüber darauf hingewiesen, daß als älteste und größte, sowie parteipolitisch und religiös vollständig neutrale Organisation der „Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen“, Berlin SW. 29, Belle-Alliance-Str. 16, in Frage kommt. Der Reichsbund verfolgt keinerlei Nebenziele, seine Tätigkeit besteht lediglich in der Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, für die die sachliche Arbeit des Reichsbundes schon viele Erfolge gezeitigt hat. Der Reichsbund mit seinen 800 000 Mitgliedern bietet die Gewähr dafür, daß er auch zukünftig die Interessen der Kriegsoffer mit Nachdruck vertreten wird. Es liegt deshalb im eigenen Interesse aller Kriegsoffer, wenn sie den Reichsbund möglichst zu stärken suchen.

Zur genossenschaftlichen Aufklärung und Erziehung haben sich die vor Jahren vom Zentralverbande deutscher Konsumvereine veranstalteten Lichtbildervorträge als nützlich erwiesen. Nachdem während des Krieges und in der Folgezeit diese Werbe- und Aufklärungsarbeit geruht hat, macht sich jetzt vielfach das Bedürfnis geltend, sie wieder ausleben zu lassen. Inzwischen sind jedoch in den genossenschaftlichen Anlagen wesentliche Menderungen und Erweiterungen vor sich gegangen, die Berücksichtigung verlangen. Es bedarf einer völligen Auffrischung und Erneuerung des Materials. Der Zentralverband hat deshalb mit der Herstellung neuer Lichtbilder begonnen. Zur Erreichung seines Zweckes sind von ihm in einer Aufforderung die ihm angeschlossenen Genossenschaften mit bemerkenswerten Anlagen gebeten worden, so bald wie möglich Photographien zur Verfügung zu stellen. Die Berücksichtigung dieses Ersuchens liegt im Interesse der genossenschaftlichen Bildungsarbeit.

Versammlungsberichte.

Wahrenth. Die am 17. März stattgefundene, sehr gut besuchte Versammlung beschäftigte sich ausgiebig mit dem zukünftigen neuen Lohnabkommen. Nach lebhafter Debatte wurde beantragt und einstimmig beschlossen, den Hauptvorstand aufzufordern, in Zukunft über Annahme oder Ablehnung derartiger Schiedsprüche eine allgemeine Mitgliederabstimmung vornehmen zu wollen. Die Kollegen sind sich einig, daß die letzten Schiedsprüche im Höchstenfall nur das nackte Leben garantieren, alle anderen Bedürfnisse des täglichen Lebens aber vollständig unberücksichtigt lassen. Die Forderung der beiden hiesigen Betriebe auf Leistung von täglich zwei Ueberstunden in einzelnen Abteilungen ein Vierteljahr lang wurde als eine verschleierte Einführung des Achtstundentages empfunden und nach lebhafter Aussprache einstimmig abgelehnt. Einstimmig beschlossen wurde ferner, mit aller Energie den Achtstundentag zu verteidigen, und als Demonstration dafür den 1. Mai durch Arbeitsruhe festlich zu begehen.

Berlin-Charlottenburg. Auf der Tagesordnung der Zahlstellenversammlung am 15. März stand u. a. ein Referat über „Arbeitszeitgesetz und Schlichtungsordnung“. Der Referent Farwig von der Kommunistischen Gewerkschaftszentrale führte etwa folgendes aus: Durch die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche Umwälzung werden jetzt größere Schichten in Streiks hineingezogen. Die Gesetzgebung versucht, Streiks soweit als möglich auszuschalten. Die Schlichtungsordnung enthülle nicht ihre wahren Absichten. Es sind besondere Kammern für Arbeiter und Angestellte vorgesehen. Diese Gliederung ist zu bekämpfen. Verwaltungstechnisch ist eine Einteilung in Bezirks-, Landes- und Reichsschiedsämter vorgesehen. Die Präsidenten der einzelnen Kammern sollen den Reihen des Berufsbeamtentums entnommen werden. Dagegen ist ebenfalls anzukämpfen. Der einzuführende Anrufungszwang hat langwierige Verhandlungen im Gefolge. Man versucht dadurch, den Arbeitnehmern den Kampf zu vereiteln. Von großer Bedeutung ist, daß der Entscheid der Schlichtungskammern endgültig sein soll. Redner bedauert, daß ein Teil der Gewerkschaftsbürokratie sich mit dem Gesetz abgefunden zu haben scheint. Er zitiert Äußerungen aus einem Geheimzirkular*) der Epigenvorstände des ADGB, welche sich gegen wilde Streiks wenden. — Das Arbeitszeitgesetz stellt sich dar als Beginn der Offensive des Bürgertums gegen den Achtstundentag, um dessen Erringung die Arbeiterklasse schwere und langwierige Kämpfe geführt hat. Nun soll zunächst bei einigen Kategorien (Verkehrsanstalten u. a.) mit dem Abbau begonnen werden. Aber auch die anderen Arbeiter sind der Willkür der Unternehmer ausgeliefert, indem diese die Arbeitszeit auf 56 Stunden erhöhen können. Auch der Schutz der Jugendlichen und Wöchnerinnen ist nicht mehr im bisherigen Umfang gewährleistet. — Dem Begehren des Unternehmertums soll der Kampfwille entgegengestellt werden. Redner bezeichnet die Gewerkschaftsführer als z. T. nicht mehr zuverlässig. Die Mitglieder haben die Pflicht, die Gewerkschaften vorwärts zu treiben. — Dem durchaus sachlichen Vortrag folgte keine Diskussion. Unter „Gewerkschaftliches“ macht Kollege Schulze Mitteilung, daß die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung den Gewerkschaften entzogen wird. Auf Verwaltungsbeschluss wird den arbeitslosen Kollegen jedoch bis auf weiteres eine besondere Unterstützung von 6 Mk. pro Woche gewährt. Hierauf gibt Kollege Schlater Bericht über die Debatte über den Eisenbahnerstreik, sowie über das Referat des Gen. Bollmershaus über dessen Rundreise in der Gewerkschaftskommission. In der dazu gepflegten Diskussion wurde die Tätigkeit des Kollegen Schlater lebhaft kritisiert. Das ganze Gerede der parteipolitischen Zerrissenheit wurde zum soundsovielten Male bildlich vorgeführt. Die von Kollegen Schulze eingebrachte, unten wiedergegebene Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die heutige Zahlstellenversammlung stellt nach dem Referat des Gen. Farwig fest, daß die Reaktion auf allen Gebieten im Vormarsch begriffen ist, die Notlage der Arbeiterschaft sich immer weiter steigert und unerträglich geworden ist. Da mit Lohnerhöhungen allein eine dauernde Besserung dieser Notlage nicht zu erreichen ist, fordert die Versammlung von ihrem Hauptvorstand, auf den ADGB einzuwirken, daß die Vorbereitungen zu einer Aktion für die Durchführung der 10 Punkte getroffen werden.“

Burgau. Die am 10. März stattgefundene Zahlstellenversammlung war sehr gut besucht. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung wurde das letzte Lohnabkommen behandelt. Nach längerer Aussprache, an der sich hauptsächlich die Akkordarbeiter beteiligten, wurde das Abkommen scharf bemängelt und wurde von den Kollegen zum Ausdruck gebracht, daß es ungerecht erscheint, wenn z. B. Zeitlohnarbeiter bis 1000 Mk. 22 Prozent, hingegen Akkordarbeiter von 600 bis 1000 Mk. nur 12½ Prozent erhalten sollen. Diese letzte Vereinbarung ist den hiesigen Akkordarbeitern unverständlich und auf keinen Fall im Interesse der im Akkord stehenden Kollegen. Im übrigen halten wir sämtliche bis jetzt abgeschlossenen Tarife und Lohnzuschläge als vollständig ungenügend, da diese von der Teuerung stets vorzeitig und in größerem Maße überholt wurden. Wir fordern deshalb vom Verbandsvorstand, das Lohnabkommen zu kündigen und bei künftigen Lohnerhandlungen in derartiger Form seine Zustimmung zu verweigern. Ferner sollte man bedenken, daß bei der heutigen Wirtschaftslage und Hochkonjunktur selbst die Unternehmerorganisation bereit sein müßte, der Arbeiterschaft bessere Zugeständnisse ohne bitteren Kampf machen können. Folgende Resolution wurde angenommen: Die Zahlstelle Burgau protestiert gegen das letzte Lohnabkommen und fordert den Verbandsvorstand auf, sich beim nächsten Lohnabkommen fester an seine aufgestellten Vorschläge zu halten.“

Elmsborn. Die am Sonntagabend, den 11. März, tagende Zahlstellenversammlung befaßte sich in der Hauptsache mit dem neuen Lohnabkommen. Vor allen Dingen wurde die neu in Erscheinung tretende Tendenz scharf kritisiert, ohne vorherige Verhandlungen ein Schiedsgericht anzurufen. Hier in Elmsborn verzieht sich die Ver-

dienstquote so, daß die Zeitlöhner mehr verdienen, als die Akkordarbeiter. Warum ist die Prozentgrenze bei dem Akkordarbeiter auf 600 Mk. mit 12½ resp. 16 Prozent gesetzt, während sie bei dem Zeitlöhner bis 1000 Mk. 22 Prozent beträgt? Die Zahlstelle Elmsborn verlangt, daß der Hauptvorstand sich in Zukunft nicht wieder vorher (?) an einen Schiedspruch bindet, sondern, wenn ein Schiedspruch nicht zu umgehen ist, sich die Zustimmung oder Ablehnung vorbehält und event. den Mitgliedern zur Abstimmung unterbreitet, wie das bei anderen Verbänden auch gemacht wird. Das Lohnabkommen in seiner Gesamtheit wurde von allen Rednern als vollständig unzureichend erklärt. Wo die Reichsindexziffer schon im Februar im Verhältnis zum Januar um 22½ Prozent gestiegen ist, wird uns im März kaum die Hälfte dieser Erhöhung als Lohnaufbesserung geboten. Faktisch ist uns durch dieses Lohnabkommen keine Lohnerhöhung gegeben worden, sondern ein Lohnabbau. Die Preise für alle Lebensbedürfnisse nähern sich mit rasendem Tempo den Weltmarktpreisen. Wir müssen verlangen, daß unsere Löhne damit Schritt halten, wenn wir nicht recht bald der vollständigen Verelendung, trotz unserer intensivsten Arbeit, anheim fallen wollen. Es wird unser Antrag zum Gewerkschaftskongress sein, auf dem schnellstem Wege die Zusammenfassung der Organisationen zu Industrieverbänden zu bewerkstelligen, damit wir für die sicher kommenden schweren Wirtschaftskämpfe gerüstet sind. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten war Schluß der Versammlung.

Greußen. Die Zahlstelle Greußen (Thür.) nimmt mit Enttäuschung von dem letzten Lohnabkommen Kenntnis und spricht hierdurch den Arbeitervertretern, welche an der Verhandlung teilgenommen haben, ihr Mißtrauen aus. Den hiesigen Kollegen mutet es an, als wären diese Herren Arbeitervertreter in voller Unkenntnis über die steigende Teuerung. Oder waren es nur Kapitalisten, welche dieses Abkommen trafen? In Wirklichkeit ist aber dieses Lohnabkommen ein enormer Lohnabbau. — Weiter spricht die Zahlstelle Greußen ihre Verwunderung über den Artikel: „Der Eisenbahnerstreik und seine Folgen“ in Nr. 9 der „Ameise“ aus. Ist diese Hebe gegen die kämpfenden Eisenbahner die Folge vom Stinnespakt? Denn ein anderer gesinnter Redakteur könnte ja einen solchen Artikel nicht schreiben. Die hiesigen Kollegen geloben, ein derartiges Tun und Treiben ihres Gewerkschaftsführers sich nicht länger bieten zu lassen. (Niedriger hängen! Die Redaktion.)

Königszell i. Schl. Die am 9. März stattgefundene Zahlstellenversammlung war abweichend von den meisten Versammlungen, wenn auch nicht der Mitgliederzahl entsprechend, so doch einigermaßen zufriedenstellend besucht. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Bericht über die Lohnverhandlungen“, machte Kollege Hillmer, Waldenburg, längere Ausführungen. Aus seinem Vortrag konnte man erkennen, daß es nicht möglich war, nach freien Vereinbarungen einen Lohnarif abzuschließen. Was uns für Nutzen ein Schiedspruch bringt, hat wohl jeder Kollege und jede Kollegin selbst gespürt. Betrachten wir uns die katastrophale Preissteigerung aller wichtigsten Lebensbedürfnisse, und auf der anderen Seite die hohen Gewinne der Unternehmer, so fragt man sich, wie es möglich ist, daß eine nach Millionen zählende Arbeiterschaft sich von den Unternehmern ausbeuten und unterdrücken läßt. Um der Zukunft gewappnet gegenüber zu stehen, ist es Pflicht eines jeden, vor die Front zu treten und nicht durch Schimpfen und Kritizieren jede Angelegenheit als erledigt zu betrachten. Anschließend referierte Kollege Hillmer über die Verlesung der schlesischen Zahlstellen und Artstellung eines Bezirksleiters. Alle Mitglieder waren für eine baldige Regelung dieser Frage.

Kronach. In der Zahlstellenversammlung am 15. März war Gauleiter Dredow anwesend und behandelte das neue Lohnabkommen, bezw. den letzten Schiedspruch. Er schilderte eingehend die Schwierigkeit, die unseren Vertretern immer wieder entstehen. Von seiten der Unternehmer wird behauptet, die Porzellanarbeiter hätten die höchsten Löhne. Trotzdem dieses nicht der Fall ist, wurde doch versucht, den Beweis zu liefern. Kommentar überflüssig. In seinen weiteren Ausführungen streifte Kollege Dredow auch die allgemeinen Wirtschaftsfragen und gab Beispiele von der Leipziger Messe. Interessant war auch zu hören, zu welchen Machinationen die Christlichen greifen. Im wahren Sinne des Wortes trifft hier der Satz zu: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.“ Mit dem Appell, auch weiterhin die Organisationsstreue zu bewahren und tätig für sie zu sein, bis der letzte Porzelliner in unseren Reihen steht, schloß Gauleiter Dredow seine von reichem Beifall begleiteten Ausführungen. Die sich daran anschließende Diskussion war im selben Sinne wie die gemachten Ausführungen. Es wurde hierauf beschlossen, den Hauptvorstand zu beauftragen, den Schiedspruch zu kündigen, da der ganze Tarif in keinem Verhältnis zu der bestehenden Teuerung steht. Die Ausarbeitung der Forderung wurde dem Ausschuss übertragen mit dem Hinweis, keine prozentualen Forderungen zu stellen, sondern feste Zuschläge pro Stunde. Nach Erledigung der geschäftlichen und lokalen Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Mäbendorf. Unsere Versammlung am 6. März erfreute sich wieder eines zahlreichen Besuches; war doch auch die Tagesordnung so reichhaltig und wichtig, daß auf starken Zuspruch von wo. herein gerechnet werden mußte. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet hat, verliest der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung; Einwendungen dagegen fanden nicht statt. Zu Punkt 1: „Tarifliches“, wird das neue Lohnabkommen zur Erörterung gebracht und nimmt die Versammlung Stellung dazu. Nachdem sich viele Diskussionsredner mit diesem Punkt eingehend beschäftigt haben, sind sich die Anwesenden voll bewusst, daß der letzte Lohnaufschlag, im Gegensatz zu der sich immer mehr bemerkbar machenden Teuerung, als völlig unzureichend zu betrachten ist, da er in keinem Verhältnis zu dieser steht. Die Versammlung beschließt in Form einer Resolution, die in der „Ameise“ zu veröffentlichen ist, dazu Stellung zu nehmen. Der Punkt 2, „Bericht des Betriebsrates“, wird vom Betriebsratsvorsitzenden Rudolf Weiß erledigt. Er legt er über die 10prozentige Lohnabgabe zugunsten der im Oktober d. J. im Teilstreit stehenden Brenner Rechnung ab. Die dazu gewählte Kommission hat die Angelegenheit geprüft und als richtig befunden: der Arbeiterbetrag von 191 Mk. wird der Betriebskasse überwiesen. Als 3. Punkt kommt die Aufstellung der Kandidatenliste zur diesjährigen Betriebsratswahl in

*) Der ADGB hat ein solches „Geheimzirkular“ nicht an die Verbände versandt. Wahrscheinlich meinte der Referent einen Entwurf zu Stichtlinien, betr. das Verhalten der gewerkschaftlichen Organisationen bei Streiks u. s. w. Die Redaktion.

Frage. Die Aufstellung nimmt ziemlich lange Zeit in Anspruch. Besonders zu erwähnen ist dabei, daß verschiedene Mitglieder des zurzeit noch im Amte stehenden Betriebsrates mit großer Stimmenmehrheit wiedergewählt wurden, ein sicherer Beweis, daß sie sich während dieser Zeit das Vertrauen der Kollegen erworben haben. Dazu wurden noch einige Kollegen neugewählt. Unter Punkt 4 kommt das diesjährige Verbandstreffen wieder zur Sprache, und es wird auf Sonnabend, den 25. März, festgelegt. Nachdem noch einige kleinere Angelegenheiten geregelt sind, schließt der Vorsitzende die Versammlung mit dem Hinweis, alle Versammlungen so zu besuchen wie die heutige. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Zahlstellen Wabendorf und Goldlauter vermerken das Lohnabkommen vom 27. Februar null und ganz, da die prozentualen Zulagen in keinem Verhältnis zu der eingeleiteten Teuerung stehen. Wir fordern, das Abkommen zu kündigen und einen der Zeit entsprechenden Lohnzuschlag zu erwirken und außerdem eine Nachzahlung von 30 Proz. für den Monat März zu verlangen, die in Form einer Beihilfe ausbezahlt werden soll. Gleichzeitig erklären wir, daß wir fest hinter unserer Verbandsleitung stehen und alle Folgen zu tragen gewillt sind. Außerdem bitten wir, vor der Unterzeichnung eines Lohnabkommens eine allgemeine Abstimmung der Mitglieder, ob für oder gegen Annahme des Abschlusses, herbeizuführen.“

Neuhaldensleben. Die heutige Zahlstellenversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem letzten Schiedsspruch über das letzte Lohnabkommen vom 1. März. Sie stellt einmütig fest, daß dasselbe für unseren Bezirk ein Monstrum darstellt. Die Versammlung erhebt schärfsten Protest gegen derartige Fällung von Schiedssprüchen und fordert unter allen Umständen vom Hauptvorstand, sich auf derartige Schiedssprüche nicht wieder einzulassen. Die Versammlung fordert sofortige Kündigung des Tarifes und ersucht den Hauptvorstand, für gleichmäßige Zuschläge einzutreten, um in Zukunft bei solchen Anlässen Zwistigkeiten in der Arbeiterschaft zu vermeiden.

Dhruf. Seitens der Zahlstelle für Dhruf und Umgebung wurden in letzter Woche Mitgliederversammlungen in Gotha, Gräfenroda, Georgenthal, Gräfenhain-Neuendorf, Dhruf abgehalten, welche sich auch mit dem neuen Lohnabkommen beschäftigten. In allen Versammlungen wurde das neue Lohnabkommen wegen seiner vollkommenen Unzulänglichkeit auf das allerentschiedenste verurteilt. Es wurde in allen Versammlungen eine Resolution einstimmig angenommen: „Da das neue Lohnabkommen der enorm steigenden Teuerung auch nicht im entferntesten entspricht, fordern die Mitglieder den Hauptvorstand auf, dasselbe sofort zu kündigen und bei künftigen Verhandlungen Sorge zu tragen, daß mit der jeweiligen Teuerung Schritt gehalten wird.“

Rebau. Unter dem Zeichen der Trauer eröffnete der Vorsitzende die Versammlung und die Anwesenden ehren den so plötzlich aus unseren Reihen gerissenen Kollegen Andreas Wahl durch Erheben von den Sitzen. Er war einer der langjährig organisierten Kollegen unserer Zahlstelle und wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Punkte. Infolgedessen sollte der Besuch ein viel besserer sein, aber viele Kollegen sind indifferent und interesselos. Immer sind nur die alten Gesichter in jeder Versammlung. Der Vorsitzende gab den Schiedsspruch in seinen Einzelheiten bekannt. Darüber entspann sich eine lebhafteste Debatte. Verschiedene Kollegen rügten das unsoziale Verhalten der Unternehmervertreter, da jene es vorzogen, wiederum ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen, anstatt in freie Verhandlungen einzugehen. Die allgemeine Kritik ließ erkennen, daß mit diesen prozentualen Teuerungszuschlägen dem einzelnen nicht gedient ist. Deshalb ging aus der Mitte der Versammlung folgende Resolution ein: „Die heutige Zahlstellenversammlung nimmt Kenntnis von dem am 27. Februar gefällten Schiedsspruch und stellt fest, daß derselbe der neuerdings eingetretenen Teuerung in keiner Beziehung gerecht wird. Es muß unbedingt verlangt werden, daß in Zukunft nicht mehr prozentuale, sondern einheitliche Teuerungszuschläge auf den bestehenden Tarif bezahlt werden, denn die Kosten für den Lebensunterhalt sind für jeden Arbeiter die gleichen, und Lohnunterschiede wurden ohnehin schon bei der Lohnvereinbarung im Januar gemacht. Durch den prozentualen Aufbau bleibt der Mindestentlohn immer mehr in seinem Einkommen gekürzt. Die Versammlung erwartet von ihren Vertretern, daß sie bei den nächsten Lohnverhandlungen in diesem Sinne wirken. Das jetzt bestehende Lohnabkommen muß unverzüglich zum ersten Termin gekündigt werden.“ Die Resolution fand einstimmige Annahme. Zum 2. Punkt wurde beschlossen, daß Anträge zur Generalversammlung und zum Gewerkschaftskongress in einer besonderen Verwaltungssitzung unter Hinzuziehung der Betriebsräte ausgearbeitet, das Statut auch eingehend studiert und Änderungen der Generalversammlung vorgelegt werden sollen. Zum 3. Punkt wurde beschlossen, daß die Maifeier, wie alljährlich nach dem Kriege, gefeiert werden soll. Der Kassierer gibt die Beitragsrestanten bekannt. In der darauffolgenden Debatte kommt zum Ausdruck, daß gerade die Beitragsrestanten am meisten über schlechte Entlohnung klagen, es aber an der für die Erringung besserer Verhältnisse erforderlichen Solidarität fehlen lassen.

Kodach. In unserer Versammlung am 9. März wurde das Andenken des Genossen Weigel durch Erheben von den Plätzen geehrt. Der Vorsitzende, Karl Herr, gab das Lohnabkommen ausführlich bekannt. In der Diskussion wurde scharfe Kritik gegen dasselbe geführt. Alle Redner bekundeten die Unzulänglichkeit des Lohnabkommens und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Sekarte beim nächsten Abkommen ausgeweht wird, da die Teuerung den Löhnen weit vorausgeeilt ist. Insbesondere schneidet Kodach schlecht ab, da ganz minimal über den Mindestlohn gezahlt und immer wieder versucht wird, die Preisklasse der Wenigen noch zu kürzen. Auch wurde verlesen, daß der Hauptvorstand mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Lohnfrage fördert. Ferner nahm die bevorstehende Betriebsratswahl längere Zeit in Anspruch. Nach längerer Debatte blieb fast alles offen. Einer breiten Raum des Abends nahm die Aussetzung der Forderungen und Sicherstrafen ein. Freiwillig will niemand das Feld räumen. Man wurde jedoch nach längerer Aussprache dahin einig, den Betriebsrat die Regelung zu überlassen. Zum Schluß wurde dem Betriebsrat die Regelung der Arbeitszeit für die Sommermonate übertragen.

Köthen. Bei unvertäglichen Zuständen sich in letzter Zeit in der Fabrik Schomburg & Söhne aufhäufen, zeigen folgende Beschwerden, welche in einer Versammlung vorgebracht wurden. Immerwährend wird den Arbeitern der hohe Lohn vorgehalten. Deshalb werden in der Dreherei gar keine Preise mehr festgesetzt und die betreffenden Dreher bekommen auf

Wochen hinaus Vorschuss, weil Stundenlohn auch nicht gezahlt wird. Im anderen Falle bekommt der Dreher eine Bestellung. Er macht sie im Akkord. Die Preiskommission macht den Preis, die Ware wird verrechnet — durch die Betriebsleitung wird jedoch der Preis gestrichen und der Dreher bekommt Stundenlohn, trotzdem er sich im Akkord angestrengt hat. Weiter wird durch die Betriebsleitung angeregt, Arbeiter in die Dreherei zu bringen, welche die strittigen Preisartikel machen sollen. Sollen Lohn bekommen diese nie; wenn es ihnen nicht paßt, können sie wieder gehen. (Warum klagen die nicht? Die Red.) In anderen Abteilungen gibt es Strafarbeit für Leute, welche Beschwerde führen. Kann ein Brenner krankheitshalber den Ofen nicht mit austragen, darf er zur Strafe die andere Woche nicht am Brennen teilnehmen. Wenn es ihm nicht paßt, kann er gehen. Gerichtsverhandlungen sind nichts neues und nehmen, wie scheint, gar kein Ende mehr.

Schorndorf. Der wichtigen Tagesordnung entsprechend, waren unsere Mitglieder zahlreich dem Anruf zur Versammlung gefolgt. Zunächst wurde der Bericht über die Bezirkskonferenz in Zell a. S. entgegengenommen und dann das letzte Lohnabkommen besprochen. Alle Diskussionsredner hielten es für unverständlich, daß die Verbandsleitung einem derartigen Schiedsspruch zustimmen konnte und erklärten denselben für gänzlich ungenügend, um den gewaltig gestiegenen Preisen der Lebens- und Bedarfsartikel auch nur einigermaßen Rechnung tragen zu können. Sind doch unsere Löhne, mit wenigen Ausnahmen, selten höher als die tariflichen Mindestlöhne. An diesem Zustand konnte auch trotz wiederholtem Vorstelligwerden bei der Firma noch nichts geändert werden. So wurde denn beschlossen, den auf der Bezirkskonferenz angenommenen Anträgen näherzutreten und diese Forderungen auch zu den unserigen zu machen, der Firma zu unterbreiten und mit allem Nachdruck zu vertreten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung erklärt das letzte Lohnabkommen für gänzlich ungenügend, um den Mehraufwand für die Lebenshaltung decken zu können. Dasselbe beweist, daß den Unternehmern jedes soziale Verständnis abgeht und nur ihre Geldsacinteressen gewahrt bleiben sollen. Aus diesem Grunde kann die Versammlung auch nicht verstehen, daß die Verbandsleitung diesem Lohnabkommen ihre Zustimmung geben konnte.“ Die letzten Lohnabkommen, nicht allein in unserer Industrie, zeigen deutlich, daß der bisher beschrittene Weg uns nicht das bringt, was wir brauchen, um als Mensch leben zu können. Es wird ein Antrag angenommen, welcher besagt: „Der Hauptvorstand soll auf dem Gewerkschaftskongress dahingehend wirken, daß der ADGB gleichzeitig für alle ihm angeschlossenen Verbände Lohnforderungen einreicht. Die letzten Ereignisse beweisen, daß eine Forderung nach der anderen von der Kapitalistenklasse abgewirgt wird und nur, wenn eine solche Macht, wie sie der ADGB darstellt, sich diesem Unterfangen der Unternehmer entgegenstellt, ist ein voller Erfolg zu erwarten.“ Ferner kam die Verschmelzungsfrage zur Sprache, zu welcher ein Antrag zu unserer Generalversammlung angenommen wurde. Dieser fordert, daß die Verschmelzung mit dem Löffel- und Glasarbeiterverband ernstlich zu betreiben sei. Zu den in Aussicht stehenden Betriebsratswahlen wurde Stellung genommen und nach einer längeren Aussprache erklärten sich die alten Betriebsratsmitglieder einverstanden, wieder in Vorschlag gebracht zu werden. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde angeregt, vor Arbeitsangeboten nach hier zu warnen, und so werden jeder Kollege und jede Kollegin auf diesem Wege in ihrem eigenen Interesse ersucht, unserem Eldorado fernzubleiben, wenn sie sich vor Schaden bewahren wollen. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Schramberg. In der am 9. März stattgefundenen Versammlung wurde das vom 1. März ab gültige Lohnabkommen behandelt. Allgemeine Empörung herrschte, als Kollege Halter das Abkommen bekannt gab. Beschluß: „Der Hauptvorstand wird aufgefordert, am 1. April einen der Teuerung entsprechenden Lohnausgleich zu schaffen. Ebenso wird der Hauptvorstand aufgefordert, beim ADGB die Durchführung der bekannten zehn Punkte nachdrücklich zu verlangen.“

Selb-Blöbberg. Wie in jeder, so auch in dieser Versammlung war ein sehr schlechter Besuch zu verzeichnen, obwohl man meinen sollte, daß in dieser wirtschaftlichen Krise mehr Interesse an den Tag gelegt werden müßte. Auf der Tagesordnung standen wichtige Punkte, deren Erledigung das größte Interesse der Besucher bedingte. Zum ersten Punkt erstattete Kollege Breßfreund den Kassenbericht. Die Revisoren bestätigten, daß die Kasse in Ordnung ist, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Weiter gab Kollege Geier den Kartellbericht. Hierüber entspann sich eine lebhafteste Debatte über verschiedene Punkte. Das wichtigste von diesem Bericht war der Beschluß des Gewerkschaftskartells, die Kapp-Butschgelder an den Verein „Jugendheim“ als Geschenk zu überweisen. Dieser Beschluß löste eine allgemeine Erregung unter den Kollegen aus, weil diese Gelder nur für revolutionäre, inhabitierte Kämpfer gesammelt wurden und weiterhin diesem Zwecke dienen sollten. Aus der Mitte der Versammlung wurde eine Resolution eingebracht, worin schärfster Protest erhoben und Revision dieses Beschlusses gefordert wurde. Der hauptsächlichste Punkt der Tagesordnung war: „Stellungnahme zum neuen Lohnabkommen“, worüber sich eine sehr lebhafteste Diskussion entspann. Gerade augenblicklich, wo die Verteuerung der allerntigsten Lebenshaltungsartikel so schnell vor sich geht, ist es ausgeschlossen, daß die Arbeiterschaft mit dem jetzt gezahlten Lohn ihrer Lage einigermaßen Herr werden kann. Nach Beendigung der Diskussion wurde von der Versammlung eine Resolution angenommen, die lautet: „Gegen den am 27. Februar 1922 gefällten Schiedsspruch erhebt die Porzellanarbeiterschaft von Selb-Blöbberg schärfsten Protest und erwartet von unserem Hauptvorstand, daß er bei kommenden Lohnverhandlungen in Anbetracht der kolossalen Teuerung sich mit allen gewerkschaftlichen Mitteln dafür einsetzt, dem verfallenen Treiben der Arbeitgeber Einhalt zu gebieten, immer nach Schema Schiedsspruch zu verfahren, da doch die Gewinne der Porzellanindustriellen das Gegenteil beweisen. Gleichzeitig fordern wir, das Lohnabkommen am ersten fälligen Termin zu kündigen.“ Unter „Verschiedenes“ kam noch die Maifeier zur Sprache, jedoch wird die Festlegung des Programms der Verwaltung überlassen.

Sopphiental-Weidenberg. In der Zahlstellenversammlung am 12. März wurde darüber Klage geführt, daß die Firmen in Weidenberg und Sopphiental nicht die tariflichen Zuschläge bezahlen. Die Firma in Weidenberg will

war den Verheirateten die 22 Proz. zukommen lassen, aber die Ledigen, über 50 Personen, sollen leer ausgehen. Es wurde beschlossen, mit aller Energie dahin zu wirken, daß alle Beschäftigten die durch Schiedspruch festgelegten Zuschläge bekommen. Im Betrieb in Sophiental weigert man sich noch, die für Januar gültigen Zuschläge zu bezahlen. Immer wieder versucht man, die fordernden Kollegen mit Redensarten zu verfröhen. Infolge der mehrmaligen Stilllegung dieses Betriebes in den letzten Jahren wurde eine durchgreifende Lohnregelung immer wieder unterbrochen und es mußte das Gericht wegen Lohnforderungen schon einige Male in Anspruch genommen werden, und es hat den Anschein, wie wenn das noch öfter geschehen müßte. Nach den in der Versammlung gemachten Mitteilungen soll auch das Verhalten eines Angestellten derartig sein, daß eventuell deshalb ebenfalls das Gericht angerufen werden muß.

Staffel. Am 17. März fand hier eine gutbesuchte außerordentliche Zahlstellenversammlung statt, in welcher Kollege Gauleiter Eahn-Bonn über das „Lohnwesen“ referierte. Die danach einsetzende Diskussion war sehr lebhaft. Trotz der hohen Valutagewinne zeigt das Unternehmertum keinerlei Verständnis für die Notlage seiner Arbeiter. Die Zahlstelle Staffel protestiert ganz entschieden gegen das Gebaren der Unternehmer, daß man sich mit unseren Unterhändlern zu Lohnvereinbarungen zusammenfindet, um dann gar nicht in Verhandlungen einzutreten, sondern gleich einen Schiedspruch zu beantragen. Wir verlangen von unserem Hauptvorstand, sich mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung zu setzen, daß bei kommenden Lohnverhandlungen der Hauptvorstand sowie die dazu entsandten Delegierten in allen Fällen maßgebend sind, erschöpfend zu verhandeln, ohne ein Schiedsgericht in Anspruch zu nehmen. Bezüglich der gleitenden Lohnskala lehnen wir derartige Manipulationen grundsätzlich ab, da wir für die arbeitende Klasse eher einen Nachteil, als den geringsten Vorteil aus derartigen Versuchen erkennen. Eher ist nach Festlegung des Existenzminimums ein der steigenden Teuerung entsprechender Zuschlag für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin, gleich, welchen Alters und gleich, ob Akkord- oder Tagelohnarbeiter, zu erstreben, welcher sich mechanisch hebt oder senkt und zu dessen Festlegung nicht dauernde kostspielige Verhandlungen nötig wären. Zum Beispiel: Beträgt das Existenzminimum für eine Familie mit zwei Kindern 636 Mk., so wäre der entsprechende Stundenlohn zu garantieren. Auf diesen Stundenlohn kämen, entsprechend der steigenden Teuerung, alsdann die notwendig werdenden gleichen Zuschläge für alle. (Erst lehnt man derartige Manipulationen, die gleitende Lohnskala, grundsätzlich ab, und dann macht man Vorschläge zu deren Anwendung. Was soll denn nun eigentlich richtig sein? Die Redaktion.)

Zwickau. In einer kombinierten Sitzung der Zahlstellenverwaltungen Zwickau und Fraureuth nahm man Stellung zu der im Juli stattfindenden Generalversammlung. Ueber die Verschmelzungsfrage zu einer größeren Gewerkschaft wurde lebhaft diskutiert. Ferner streifte man die seit der Revolution vom Hauptvorstand betriebene Politik und fand dabei für die Arbeiterschaft recht unerquickliche Sachen. Verwerfen die Herren im Hauptvorstand doch immer die Diktatur, merken aber anscheinend nicht, daß sie auf die Arbeiter diktatorisch einwirken, wenn sie ihnen einfach befehlen, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne daß die Arbeiter überhaupt wissen, was für sie bei dem ganzen Kampfe herausgesprungen ist. So geschah es bei dem Streik im Herbst 1921. Es flogen damals die Briefe an alle Zahlstellen, worin so schön geschrieben stand: „Erfolg im Lohnabkommen großartig.“ Die Arbeiter machten aber große Augen, als man ihnen die Sachen später zusandte und hinterdrein noch die Herren Gauleiter kamen und die Leute mit Zahlenmaterial bearbeiteten, daß es viele für den ersten Augenblick glaubten, bis sie es klipp und klar sahen, als man ihnen die Lohnbeutel in die Hand drückte. Die Herren hatten sich wohl ziemliche Mühe gegeben, eine Portion Zahlen auf Papier zu bringen, hatten aber bei dieser ganzen Aufstellung wohl nicht mit in Betracht gezogen, was nun für „ungeheure“ Summen an die Arbeiter ausgezahlt werden. Einer scharfen Kritik wurde das Streichen verschiedener Punkte von Berichten aus Versammlungen und Verwaltungssitzungen unterzogen, welche vom Gesamtvorstand vorgenommen werden, ohne Gründe hierfür anzugeben, dagegen aber ziemlich scharfe Bemerkungen hinten angehängt werden, um ihre Fehler in ein einigermaßen günstiges Licht zu stellen. Weiter fordern wir den Hauptvorstand auf, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß endlich einmal die geforderten zehn Punkte des ADGB von der Regierung erfüllt werden. Die Arbeiterschaft kommt in Zweifel über ihre Führer, wenn nicht die schönen Worte, welche dieselben immer gebrauchen, in Taten umgesetzt werden. Wir fordern sämtliche Zahlstellen auf, sich für die kommende Generalversammlung zu rüsten, denn dort ist der Platz und die Gelegenheit, ihrem Unwillen einmal Luft zu machen und von ihren Führern etwas mehr Verständnis für das Wohl und Wehe der breiten Masse zu fordern.

Anmerkung der Redaktion: Bezüglich Aufhebung des Streiks Ende Oktober 1921 kann doch nicht von einer Diktatur des Hauptvorstandes über die Mitglieder gesprochen werden. Der Hauptvorstand hat den Streik unter Zustimmung der Verhandlungskommission aufgehoben, und dazu war er nach Lage der Dinge verpflichtet und hatte auch das Recht dazu. Hat denn kein an der kombinierten Verwaltungssitzung beteiligtes Mitglied ein Verbandsstatut zur Hand gehabt, um den § 22 nachlesen zu können? Der Vorstand mußte sich nach dem von der Generalversammlung beschlossenen Streikreglement richten und hat das auch getan (was von so mancher Zahlstelle nicht behauptet werden kann). Und das nennt man in Zwickau-Fraureuth Diktatur! Da muß doch die Anfrage erlaubt sein: „Zu welchem Zweck wurde das Statut beschlossen?“

Auch das Rundschreiben vom 29. Oktober 1921, durch welches von Dresden aus der Abschluß eines neuen Tarifvertrages und die Aufhebung des Streiks mitgeteilt wurde, hat man in der kombinierten Verwaltungssitzung sehr wahrscheinlich nicht vor sich gehabt, bestimmt aber nicht gelesen, denn sonst könnte doch in diesem Punkte der Bericht nicht so gehalten sein. Wir empfehlen den Sitzungsteilnehmern, nach nachträglich das Rundschreiben zu lesen, damit sie selbst ermessen können, wie weit sie nach dem vorstehenden Bericht daneben gegriffen haben. — Nicht der „Gesamtvorstand“ hat „das Streichen verschiedener Punkte von Berichten aus Versammlungen und Verwaltungssitzungen“

vorgenommen. Der Gesamtvorstand bekommt die zur Veröffentlichung an die Redaktion der „Arbeiter“ eingesandten Berichte in der Regel vor der Drucklegung gar nicht zu sehen, sondern nur der Redakteur. Dieser ist verpflichtet, den Raum der „Arbeiter“ auf die ihrem Zweck entsprechende Weise auszunutzen. Dabei kommt es freilich vor, daß bei Versammlungsberichten manches, was mehr nebenächlicher Natur und für die nicht der betreffenden Zahlstelle angehörenden Mitglieder der Organisation ohne Interesse ist, gestrichen werden muß, um Raum für Wichtigeres zu gewinnen. Daß der Berichterstatter, bei dessen Bericht etwas gestrichen werden mußte, von der Streichung nicht erbaut ist, weil er alle Teile seines Berichtes als äußerst wichtig betrachtet, ist menschlich begreiflich, aber die Beurteilung darüber, was wichtiger für die Mehrheit der Mitglieder ist, muß schon dem Redakteur überlassen werden. Dieser ist ja auch dafür der Generalversammlung gegenüber verantwortlich. Der Redakteur ist auch verpflichtet, Unrichtigkeiten in den Berichten richtig zu stellen, und daraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit zu Anmerkungen.

Diese Anmerkung machte sich zur Richterstelle nötig, besonders aber auch deshalb, damit nicht die Zahlstellen, die, eventuell der Aufforderung der kombinierten Verwaltungssitzung Zwickau-Fraureuth folgend, sich auf gleiche Weise „für die Generalversammlung rüsten“, um „ihren Unwillen einmal Luft zu machen“, in dieselbe Herbe hauen und ihre Kritik auf die gleichen Unrichtigkeiten aufbauen.

Farge.

Ich ersuche diejenigen Mitglieder, die noch im Rückstande mit den Extrabeiträgen sind, diese sofort zu bezahlen, da ich spätestens am 15. April den Quartalsabschluss fertigstelle.
Paul Reinemann, Zahlstellenassessor.

Achtung!

Neufelw.

Achtung!

Die Mitglieder werden auf § 14, Ziffer 3 des Verbandsstatuts aufmerksam gemacht und um genaueste Beachtung dieser Bestimmung ersucht. Die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung (auch im Krankheitsfalle erfolgt vom 1. April ab an jedem Sonnabend von 1—2 Uhr nachmittags. Der Zahlstellenassessor: Konrad Koller.

Neuhaldensleben.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt vom 1. April ab nur noch freitags abends von 6 bis 7 1/2 Uhr. Mitgliedsbücher, und im Krankheitsfalle auch Krankenscheine, sind mitzubringen. Krankmeldungen müssen innerhalb der ersten drei Tage nach Beginn der Erkrankung erfolgen.

Der Kassierer: Fritz Schoof, Ritterstr. 9.

Waldenburg.

Dankagung.

Bei der Firma Krister, Porzellanindustrie, wurden von der Arbeiterschaft 1112 Mk. für die Unterzeichnete zur Unterstützung in ihrer Notlage gesammelt. Obiger Betrag ist ihr von der Geschäftsstelle Waldenburg überwiesen worden und spricht sie allen freundlichen Spendern ihren Dank aus.

Frau Ida Vicker, Altwasser, Charlottenbrunnerstr. 69.

Quittung.

Für unsere kranken Mitglieder Martin, Fuch und Rode gingen nachträglich von der Zahlstelle München 75,— Mk. ein, worüber hiermit dankend quittiert.

Zahlstelle Althaldensleben. J. A.: U. Föllmer, Kassierer.

Sterbetafel.

Goldzig. Emilie Marie Keller, geboren am 18. April 1860 in Hausdorf bei Goldzig, gestorben am 17. März in Goldzig an Grippe. Mitglied seit 1920.

— Heinrich Betermann, geboren am 19. März 1858 in Roschwitz bei Goldzig, gestorben am 23. März an Gehirnschlag. Mitglied seit 1919.

Eisenberg. Albin Böhm, Gießer, geboren am 19. September 1862 in Ehandau, gestorben am 15. März an Herzlähmung. Mitglied seit 1898.

Frankfurt a. d. O. Marta Scherzer, geboren am 4. Oktober 1895, gestorben am 7. März an Lungenentzündung. Mitglied seit 1920.

Fraureuth. Ferdinand Jakob, Dreher, geboren am 28. April 1867 in Fraureuth, gestorben am 25. März an einem Herzleiden. Mitglied seit 1906.

Zimbach. Wilhelm Behmer, Former, geboren am 7. Oktober 1858, gestorben am 10. März an Herzschlag. Mitglied seit 1921.

Flanc. Carl Gleichmann, Maler, geboren am 6. April 1840 in Dösdorf, gestorben am 25. März an Schlaganfall. Mitglied seit 1917.

Schmiedeberg. Hermann Waimald, Brenner, geboren am 30. August 1876 in Lomnik, gestorben am 21. März durch Selbstmord. Organisiert seit 1909, zu unserem Verein übergetreten seit 1920.

Selb-Blöbers. Jakob Fuchs, Dreher, geboren am 1. November 1890, gestorben am 20. März an den Folgen einer Vermundung und Lungenentzündung. Mitglied seit 1907.

Waldenburg. Wilhelm Becker, Dreher, geboren am 12. August 1868 in Commerove, gestorben am 21. März an Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

Zwickau. Hugo Voigt, Gießer, geboren am 21. Januar 1868, gestorben am 6. März an Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeigen.

Rathreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Althalbenleben. Montag, den 10. April, abends 8 Uhr, bei W. Peters.
Berlin-Charlottenburg. Rathstellenversammlung Mittwoch, den 19. April, 7 Uhr, in der Staatl. Porzellan-Manufaktur, Wegelstraße.
Verwaltungsitzung Montag, den 10. April, abends 7 Uhr, im Bureau.
Blankenhain. 8. April, abends 8 Uhr, bei Riem.
Spandau. Montag, den 10. April, nachmittags 4 Uhr, bei Wind, Nischendorferstr. 5.

Adressen-Änderungen.

Breslau. Branchenleiter: Erich Fritsch, Figurenmaler, Seminarstraße 14, parterre.
Darmstadt. Vorsitzender: Hermann Weber, Dreher, Clemensstraße 5. Schriftführer: Karl Leutner, Maler, Moosbergstr. 44. Kassierer: Adolf Gühringer, Dreher, Sandbergstr. 44. Beisitzer: Franz Berch, Formengießer, Nieder-Ramstädterstr. 64.
Eisfeld. Vorsitzender: Arno Witter, Schwarzenbrunn.
Stadtlengsfeld. Vorsitzender: Simon Rädler, Blauwerker, Hintergasse B 11.
Thiersheim. Kassierer Adam Hauswurz wohnt Nr. 151a.

Briefkasten der Redaktion.

Versammlungsberichte aus Stadtilm und Steinbach mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Rubert beiliegt, werden nicht weiter beibehalten.

Für die Inbetriebsetzung unserer neuen Fabrik suchen wir Dreher und Dreherinnen für Flachgeschirr. Wohnung eventuell vorhanden.
C. & E. Carstens, Porzellanfabrik, Sorau (N.-L.).

Unterglasurmalen.

lebige, im Schablonenschneiden und Schablonieren durchaus bewandert, für sofort gesucht. Aussicht auf Obermalerstelle ist gegeben. Angebote unter Angabe der Gehaltsansprüche unter „B. B. 120“ an die Redaktion der „Ameise“.

Eine größere Steingutfabrik sucht zum sofortigen Antritt einen möglichst unverheirateten Auf- und Unterglasurmalen, der in sämtlichen im Fach vorkommenden Arbeiten, auch Schablonenschneiden, Bedienung des Aerographen usw. Erfahrung hat. Ferner muß derselbe ein größeres Personal beaufsichtigen können. Angebote unter Angabe des Alters und der Gehaltsansprüche sind erbeten an die Geschäftsstelle der „Ameise“ unter „A. 2“.

Zum sofortigen Antritt werden einige saubere Dreher für dünne Becher gesucht. Wegen Wohnungsmangel Ledige bevorzugt.
Blankenhainer Porzellanfabrik C. & E. Carstens
 Blankenhain i. Thür.

Tüchtiger, fleißiger, sachkundiger Dreher für Blumenkübel, Kapseln und Leugeschirre sofort gesucht. Lohn nach Tarif.
Jos. Strauch jr., Terracotta- und Fayencefabrik, Seiling (Sachsen).

Drucker werden noch eingestellt bei der
Rheinsberger Steingutfabrik C. & E. Carstens, Rheinsberg i. Mark.

Einen ledigen Porzellandreher sucht für sofort
Köpferei Eilendorf b. Bunzlau i. Schles., W. Lorenz.

Heiligenamulets.

Pforzheimer Firma, die ständig Heiligenamulets in großen Partien zum Malen zu vergeben hat und die höchsten Preise bezahlt, sucht Verbindung mit Malern, die in der Lage sind, bei guter Arbeit flott zu liefern.
 Gest. Angebote unter „A. 3“ an die Redaktion der „Ameise“.

Modelleinrichter und Formengießer sucht
Porzellanfabrik Zettow, G. m. b. H.

Ein Brenner, der im Sehen und Kapselmachen bewandert ist, für sofort gesucht.
 Angebote mit Lohnansprüchen sind zu richten an Terracottawerk, G. m. b. H., Speicher, Bezirk Trier.

Tüchtige Dreher, Modelleinrichter und Formengießer stellt sofort ein
Keramische Werke, Alfred Lohle, Schmiedeberg, Bez. Halle.

Geschirrdreher oder intelligenter Schalenformer von 19 bis 25 Jahren gesucht von H. H. H. am Thüringer Wald. Bewerber muß gute Arbeit leisten und tätig sein, später die Leitung der Dreherei zu übernehmen. Angebote unter „A. G. 100“ an die Geschäftsstelle des H. H. H.

Lebiger Dreher, 2 Jahre alt, noch in fester Stellung, auf Zeller nach Zeller eingearbeitet, sucht sichere Stellung. Offerten unter „G. H. 11“ an die Geschäftsstelle der „Ameise“ erbeten.

Geübter Schriftsetzer für Apotheken-Standgefäße sofort gegen höchsten Akkordlohn gesucht.
Janz & Kunkel, Köln, Im Sionsthal 29/31.

Zwei tüchtige Unterglasurmalen für Freihandbefore und ein tüchtiger Unterglasurmalen für Freiband- und Schablonenbefore werden sofort eingestellt.
Städtische Steingutfabrik, C. & E. Carstens (Werk D) Städtisch bei Amberg.

Perfekte Einbreher für Braungeschirre bei hohem Lohn oder Akkord gesucht.
Hartwig Henne, Tonwarenfabrik, Eschpeln (O.-L.).

Tüchtiger, gelernter Gießer, mit allen in der Gießerei vorkommenden Arbeiten vertraut, wird als Obergießer von einer Thüringer Porzellanfabrik, Geschirrabzweig, per sofort gesucht. Angebote erbeten unter „A. 3“ an die Redaktion der „Ameise“.

Wir suchen einen tüchtigen, ledigen Formgießer.
Porzellanfabrik Brambach i. Sa.

Ein tüchtiger, unverheirateter Formgießer (Reichsdeutscher), der am sauberen Arbeiten gewöhnt ist, wird sofort eingestellt. Angebote mit Lebenslauf und Zeugnissen an Porzellanfabrik
F. Thomas, Marktredwitz i. Bayern.

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmied u. alle goldhaltigen Sachen. Altestes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.
 Man verlange Prospekte.

Hört — leset — staunet über die hohen Preise, die ich für Goldschmied, -Asche, -Lappen und -Flaschen zahle. B. B. für Glanzgoldflaschen 30 bis 40 Pf. mit Stöpsel, Poliergoldflaschen mit Stöpsel 40 bis 70 Pf., je nach Gehalt. Alle Sendungen werden sofort erledigt.
Kurt Rottmann, Stadtilm i. Thür., Bahnhofstr. 1.

Kaufe goldhaltige Schmiere, Lappen, Asche, Flaschen, Pinsel und Matrücken zum Einschmelzen. Höchste Tagespreise. Auf Wunsch sofortiges Einschmelzen.
Erich Martin, Rudolstadt, Untere Marktstr. 24 II.

Goldschmied, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf. Poliergoldflaschen 10 „ 25—50 „ je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu
A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Achtung! Achtung! Achtung!

Die billigsten Schuhe für Fabrikarbeiter sind nach wie vor Segelstuchschuhe mit Ledersohlen und Zwickeln. Für Turner empfehle ich Turnschuhe mit Stiefel mit Chromledersohle. Weiße Leinwand für Damen und Kinder. Lederhausschuhe, Lederpantoffeln, Tuch- und Holzpantoffel. Sämtliche Lederwaren zu Fabrikpreisen. — Verlangen Sie noch heute kostenlose Preisliste.
Karl Klene, Schuhverwand und Pantoffelfabrik, Weißwasser, O.-L.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Matrücken usw. zum Einschmelzen kauft
M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.
 Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere
 sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen
Emil Theimer, Langenwieschen b. Jm., Thür.

Begr. 1896.	Gold, Platin und Silberabfälle aller Art	Gold-, Platina-, Silber- preis auf Anfrage
Beste Bedien.		Preislist.
Seitert, Zwickau i. S., Osterweihstr. 32.		

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiere — Asche — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold, kauft stets zu höchsten Tagespreisen
Christoph Selzer, Höchstädt b. Thiersheim, Oberfranken.

Offerierte hierdurch noch zu Uebergangspreisen für Dreher: Prima Benghai-Rhynocasschwämme, das Stück zu 20, 30, 40, 60, 90 Mk. und höher; Levantiner, Glasur- und Garnierungsschwämme von 6 bis 100 Mk. pro Stück; Elefantenzähne nach Tagespreis; feine, weiche, mittlere und große Keefschwämme, das Kilo 600 und 900 Mk.; handgroße Hartheadschwämme, mittlere Qualität, für Steingut u. Gießer, das Kilo, zirka 40 Stück enthaltend, 500 Mk.; griechische Rierischwämme, von 5 bis 100 Mk. pro Stück. Versand nur in geschlossenen kleineren und größeren Posten.
H. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

Vertrag v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
 Druck von C. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Platz 10